



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

solidar

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog zu allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Venloer Wall 15, 50672 Köln
Vorsitzender: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
pixelio.de und pixabay © Lizenzfrei,
Freie kommerzielle Nutzung

IMPULSE

Social Rights Monitor 2019

JANUAR 2020

WWW.WEB-KOELN.DE



Social Rights Monitor 2019

Gini-Index: 30,6 (EU 2017)
Arbeitslosigkeit: 6,8 % (EU 2018)
Gleichstellungsindex: 67,4 (EU 2019)
Jugendarbeitslosigkeit: 14,2 % (EU August 2019)
AROPE: 21,7 % (EU 2018)
Sozialausgaben (Prozent des BIP): 18,8 % (EU 2017)
Steuer auf Arbeit als Anteil der gesamten Steuern: 49,74 % (EU 2017)
Armut trotz Erwerbstätigkeit: 9,2 % (EU 2018)

Einleitung

SOLIDARs Social Rights Monitor 2019 liefert einen Einblick in den Zustand der sozialen Rechte in 16 europäischen Ländern: 15 aus der Europäischen Union – Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Niederlande, Österreich, Rumänien, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ungarn, Vereinigtes Königreich – und ein Beitrittskandidat, Serbien. Der Social Rights Monitor bewertet anhand der Beobachtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort sowie statistischer Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse den sozialpolitischen Zustand Europas im Hinblick auf Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung und Eingliederung und zivilgesellschaftliche Freiräume. Obwohl sich die europäischen Volkswirtschaften von den Auswirkungen der Krise erholen, stellen wir fest, dass die soziale Realität ein anderes Bild zeigt. Steigende Armut trotz Erwerbstätigkeit, zunehmende soziale und regionale Un-

gleichheiten und prekäre Arbeitsverhältnisse gehören dabei zu den drängendsten Problemen. Zivilgesellschaftliche Freiräume sind weiter durch Angriffe auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und auf die Pressefreiheit bedroht.

Der Social Rights Monitor analysiert außerdem, in welchem Maße diese Aspekte in den länderspezifischen Empfehlungen des Prozesses zum Europäischen Semester berücksichtigt werden. Es ist äußerst wichtig für die erfolgreiche Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der UN-Nachhaltigkeitsziele, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission an die Mitgliedstaaten diesen sozialen und Nachhaltigkeitszielen entsprechen und ihre Verwirklichung fördern. Es ist daher besorgniserregend, dass sich die länderspezifischen Empfehlungen trotz der Einführung des sozialpolitischen Scoreboard weiter auf makroökonomische Indikatoren konzentrieren und nicht die sozialen Ziele Europas in den Mittelpunkt stellen. ■

Chancengleichheit und faire Arbeitsbedingungen

Nach der Wirtschaftskrise erleben die meisten europäischen Länder inzwischen eine Erholung ihrer Volkswirtschaften. Die Beschäftigungsquoten sind hoch, und die Arbeitslosigkeit sinkt weiter. Das bedeutet jedoch nicht, dass die soziale Lage wieder denselben Zustand wie vor der Krise erreicht hat. In den meisten europäischen Ländern hat die Ungleichheit zugenommen. In vielen Ländern sind die Arbeitslosenquoten noch immer höher als vor der Krise. Zudem haben die neu geschaffenen Arbeitsplätze nicht dieselbe Qualität wie die in der Krise verlorenen. In dem Bestreben die Beschäftigung zu beleben, haben einige Regierungen den Kündigungsschutz herabgesetzt und flexiblere Arbeitsformen eingeführt. Dadurch sind die Arbeitsverhältnisse prekärer geworden, und kurzfristige Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit und Scheinselbstständigkeit werden immer üblicher. In den Niederlanden hat sich in den vergangenen 15 Jahren der Anteil der Solo-Selbstständigen auf 12,3 % verdoppelt und die Anzahl der flexiblen Arbeitskräfte ist um 75 % gestiegen.¹

Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen haben sich weiter verschlechtert. Zwei der markantesten Beispiele sind das neue Arbeitszeitgesetz in Österreich, das Arbeitszeiten von 12 Stunden pro Tag ermöglicht, sowie ein allgemein als „Sklavengesetz“ bezeichnetes Gesetz in Ungarn, das Überstunden in Höhe eines vollen zusätzlichen Arbeitstags pro Woche erlaubt. Zusätzlich **stagniert die Lohnentwicklung.**² In Spanien ist das Durchschnittsgehalt zwischen 2011 und 2015 um 800 € gesunken.³ Ein wesentlicher Faktor war hierbei die Beschneidung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Lohn-

abschlüsse. Die Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung von Beschäftigungsbedingungen und Tarifabschlüssen wurde in vieler Hinsicht eingeschränkt. In Griechenland fiel beispielsweise die Kompetenz für die Festlegung des Mindestlohns an die Regierung zurück, die diesen dann um 22 % kürzte.

Die National Strategy Groups von SOLIDAR warnen, dass die **Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben häufig viel zu wünschen übrig lässt.** Die EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und ihre bevorstehende Umsetzung werden die Bedingungen für die Elternzeit in einigen Ländern verbessern, aber in der Praxis liegt die Verantwortung für Kinderbetreuung und die Pflege anderer Familienangehöriger weiter überwiegend bei den Frauen. Großzügige Mutterschutzbestimmungen in Verbindung mit unzureichenden erreichbaren Infrastrukturen für die Kinderbetreuung und fehlenden politischen Maßnahmen zur Förderung einer geschlechtergerechten Verteilung der Pflegeaufgaben resultieren in einer Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt. **In allen europäischen Ländern verdienen Frauen bei gleicher Arbeit weniger als Männer.** Im Durchschnitt liegt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern in der EU bei 16 %. Die Diskrepanz zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern schwankt jedoch erheblich zwischen den einzelnen Ländern und reicht von 3,5 % in Rumänien bis 20,8 % im Vereinigten Königreich. In der überwiegenden Mehrheit der Länder sehen wir einen positiven Trend mit einer langsamen Reduzierung des Lohngefälles von einem EU-Durchschnitt von 17,1 % im Jahr 2010. In einigen besorgniserregenden Fällen wie beispielsweise in Kroatien ist das Lohngefälle jedoch in den letzten Jahren gestiegen.⁴





Chancengleichheit

Vor allem junge Menschen haben Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt. Das schlägt sich in überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten unter jungen Europäern⁵ und einem höheren Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse bei jungen Arbeitnehmern nieder. Viele Mitglieder von SOLIDAR geben an, dass ihr **nationales Bildungssystem Schülern nicht die erforderlichen Kenntnisse** für einen erfolgreichen Übergang von der Schule zur Arbeit **vermittelt**. Laut den Länderberichten der Kommission wird den am modernen Arbeitsmarkt benötigten digitalen Kenntnissen generell zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Das zeigt sich auch in der Unzulänglichkeit der Angebote für lebenslanges Lernen, die ausgebaut werden müssen, um Arbeitnehmer bei der Anpassung an die sich verändernde Arbeitswelt zu unterstützen.

Die Bildungsergebnisse schwanken immer noch drastisch, nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch zwischen Regionen und sozialen Gruppen. Die Bildungssysteme in Europa halten tendenziell sozioökonomische Ungleichheiten aufrecht und fördern nur in Maßen soziale Mobilität. Laut einer Studie der OECD würde ein in einer armen Familie geborenes deutsches Kind sechs Generationen oder 180 Jahre brauchen, um das nationale Durchschnittseinkommen zu erreichen.⁶ Bei Kindern mit Roma- oder Migrationshintergrund hat die Bildung häufig einen deutlich geringeren Einfluss auf die Verbesserung der Zukunftsaussichten.

Migration manifestiert sich in den verschiedenen Regionen unseres Kontinents auf unterschiedliche Weise. Ost- und südeuropäische Länder – insbesondere die hart von der Wirtschaftskrise getroffenen – sind konfrontiert mit der **Abwanderung von überwiegend jungen und gebildeten Arbeitnehmern**. 75 % der jungen Serben geben an, dass sie eine Auswanderung planen oder erwägen.⁷ Ähnliche Zahlen finden sich in Griechenland⁸ und Italien.⁹ Dieser Braindrain hat einen Mangel an qualifizierten Fachkräften beispielsweise im IT- und Gesundheitssektor zur Folge. In den nord- und westeuropäischen Ländern **bringt die Migration vor allem Herausforderungen im Hinblick auf die Integration von Einwanderern in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt mit sich**.

In Frankreich sind zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund Diskriminierungen bei der Arbeitssuche ausgesetzt. Insgesamt sind die Beschäftigungsquoten bei Immigranten in der Regel niedriger als bei der lokalen Bevölkerung. Die Sprachbarriere bleibt für Immigranten weiterhin eines der größten Hindernisse beim Zugang zu Arbeitsmarkt, Sozialleistungen und Gesundheitsversorgung. Zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) spielen eine wichtige Rolle bei der informellen Sprachvermittlung und der Unterstützung von Migranten bei der Bewältigung der Bürokratie für den Erhalt von Sozialleistungen.

Soziale Absicherung und Eingliederung

Vor allem aufgrund der gestiegenen Beschäftigungsquoten ist die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen über das letzte Jahrzehnt auf 21,7 % im Jahr 2018 gesunken.¹⁰ Die Folgerung, dass Arbeit per Definition soziale Probleme löst und Menschen aus der Armut befreit, wäre jedoch zu einfach. **Die Anzahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit unter Armut leiden, ist im Zeitraum von 2010 bis 2017 von 8,3 % auf 9,4 % gestiegen**.¹¹ Das ist vor allem die Folge von minderwertigen Arbeitsplätzen, unfreiwilliger Teilzeitarbeit und Scheinselbstständigkeit.

Die Armutsquoten und allgemeinen sozioökonomischen Bedingungen schwanken nicht nur zwischen den Ländern erheblich, **in vielen Ländern gibt es große Diskrepanzen zwischen verschiedenen Regionen**. Besonders deutlich wird das im Fall der Slowakei. Obwohl das Land laut Gini-Index eine der gleichmäßigsten Verteilungen in Europa aufzuweisen scheint, konzentriert sich sein Wohlstand überwiegend im Westen des Landes in der Region um die Hauptstadt. Der Osten des Landes ist deutlich ärmer und steht vor zahlreichen sozioökonomischen Herausforderungen.¹²

Fast alle unsere National Strategy Groups warnen, dass der **Zugang zu erschwinglichem Wohnraum guter Qualität** in den vergangenen Jahren **abgenommen hat**. Insbesondere in urbanen Zentren und einigen touristischen Hotspots sind die Preise für Eigentum und Mieten stark angestiegen. In Tschechien sind die Preise für Wohnraum seit Anfang 2015 um schockierende 23 % gestiegen. Vor allem in großen Städten wie Prag und Brünn gehören die Preise für Wohnraum bald zu den höchsten in der EU.¹⁴

Die Auswirkungen von Sozialleistungen auf die Armutsbekämpfung schwanken zwar deutlich zwischen den Ländern, insgesamt **haben die Auswirkungen von Sozialleistungen** jedoch in den vergangenen 15 Jahren **abgenommen**.¹⁵ Demografischer Druck wird von verschiedenen National Strategy Groups als Herausforderung für die Tragfähigkeit des Sozialsystems hervorgehoben. In manchen Ländern ist dieser überwiegend durch demografische Alterung bedingt, in anderen spielt Massenemigration ebenfalls eine Rolle.

Die zunehmend flexiblen Beschäftigungsformen und die Abkehr von traditionellen, lebenslangen Vollzeitbeschäftigungen wirken sich ebenfalls auf die Absicherung und die Beiträge

zu unseren Sozialsystemen aus. **Beschäftigungsunterbrechungen führen auch zu Unterbrechungen der Sozialbeiträge**. Das beeinträchtigt nicht nur die angemessene soziale Absicherung Einzelner, sondern auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit des gesamten Systems. Wir brauchen eine hochwertige generelle soziale Absicherung, um sicherzustellen, dass alle Europäer vor Armutsrisiko geschützt sind.

Gesundheitswesen

Die staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen reichen von 3 % des BIP in Zypern bis 9,4 % des BIP in Deutschland. Das führt wiederum zu Unterschieden bei den Auslagen und der Verfügbarkeit und Qualität von Gesundheitsleistungen. Besonders drängend sind diese Probleme für einige sozial schwächere Bevölkerungsgruppen wie atypisch Beschäftigte, Roma und Migranten. **Sozioökonomische Ungleichheiten äußern sich häufig auch im Zugang zur Gesundheitsversorgung**. In Griechenland gaben 2016 zum Beispiel 35,2 % der Menschen im untersten Einkommensquintil an, einen unerfüllten Behandlungsbedarf zu haben. Im obersten Einkommensquintil waren es nur 1 %.¹⁶ 16,8 % der Esten haben einen unerfüllten medizinischen Behandlungsbedarf. Die National Strategy Groups für mehrere Länder wie Kroatien, Rumänien und die Slowakei warnen, dass **vor allem in ländlicheren Gebieten die Verfügbarkeit der Gesundheitsversorgung abnimmt**. Viele Länder kämpfen mit einem **Mangel an medizinischem Personal**, insbesondere im öffentlichen Gesundheitswesen. In Ländern mit starker Abwanderung ist das Gesundheitswesen oft am stärksten vom Exodus qualifizierter Fachkräfte betroffen.

Zivilgesellschaftliche Freiräume

Eine besorgniserregende Entwicklung der letzten Jahre sind die immer häufigeren **Angriffe auf die Zivilgesellschaft und die Medien**. Mehrere europäische Regierungen haben die Vereinigungsfreiheit eingeschränkt, um den Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen zu begrenzen und zivilgesellschaftliche Freiräume zu verkleinern. In diesen Ländern **sind CSOs regelmäßig verbalen, wirtschaftlichen und juristischen Angriffen ausgesetzt**. Die Angriffe scheinen sich vor allem gegen NGOs zu richten, die mit Migranten und Flüchtlingen arbeiten. Das reicht von der Beendigung der Finanzierung von Sprachkursen (Österreich) über die Dämonisierung im öffentlichen Diskurs und die Kriminalisierung von Solidarität mit Sanktionen für die Rettung von Migranten (Italien) bis zur Kriminalisierung des Aushängens von Flugblättern mit Informationen über das Asylverfahren (Ungarn).

Die **Versammlungsfreiheit ist ebenfalls bedroht**, etwa durch die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, die immer strengeren Auflagen für das Ankündigen und Organisieren von Demonstrationen sowie durch übermäßige Polizeigewalt, beispielsweise bei den Protesten der Gelbwestenbewegung in Frankreich.

Zudem haben zivilgesellschaftliche Organisationen immer größere Schwierigkeiten, ihrer vollen Arbeit nachzugehen, da die Finanzierung zunehmend projektbasiert erfolgt und häufig eine Kofinanzierung erforderlich ist. Das führt zu **begrenzten Ressourcen für wichtige Advocacy-Arbeit**. Transparenzanforderungen im Hinblick auf Finanzierung und Spenden, die in einigen Ländern immer strenger werden, machen die Finanzierung der Arbeit von CSOs noch schwieriger. In Ungarn wird die **Begrenzung ausländischer Spenden gezielt eingesetzt, um CSOs die Finanzierung zu entziehen**.

Meinungs- und Pressefreiheit

Die Meinungsfreiheit und vor allem **die Pressefreiheit wird durch Angriffe auf Journalisten und Medien bedroht**. Die Medienlandschaft wird zunehmend politisierter und die **Regierungen mehrerer europäischer Länder haben sich explizit feindlich gegenüber den Medien geäußert** und sie als Landesverräter dargestellt. Unsere National Strategy Group für Kroatien berichtet, dass dort derzeit 1163 Prozesse wegen Beleidigung und Verleumdung gegen 90 Journalisten und Medienhäuser anhängig sind. 2018 wurde sogar ein slowakischer Journalist, der an der Aufdeckung der angeblichen Verbindungen von Ministerpräsident Fico zur italienischen Mafia arbeitete, zusammen mit seiner Verlobten in seinem Haus ermordet.¹⁷ Als Folge dieser Bedrohungen **kommt es immer häufiger zu (Selbst-)Zensur**, und die Fähigkeit von Journalisten, objektive und pluralistische Informationen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, wird beeinträchtigt. Neben den direkten Angriffen auf die Arbeit von Journalisten wird die Unabhängigkeit der Medien auch durch den wachsenden Einfluss von Politikern in der Medienlandschaft gefährdet. Laut Reporter ohne Grenzen haben zum Beispiel in Rumänien als Journalisten auftretende Regierungsvertreter begonnen, die Nachrichtenorganisationen zu unterwandern.¹⁸ **Weitaus häufiger werden die Medien jedoch durch die Konzentration des Medienbesitzes** in den Händen einiger weniger politischer Figuren und/oder bekannter Personen aus der Geschäftswelt beeinflusst. In Tschechien ist Ministerpräsident Andrej Babiš Eigentümer der zwei wichtigsten Zeitungen des Landes und eines Radiosenders. 2017 ist Präsident Miloš Zeman mit einer unechten

Kalaschnikow mit der Aufschrift „für Journalisten“ in einer Pressekonferenz erschienen.¹⁹

Vergleich mit den länderspezifischen Empfehlungen

Die Prinzipien der Europäischen Säule sozialer Rechte und der UN-Nachhaltigkeitsziele **müssen im Zentrum der länderspezifischen Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedsstaaten stehen**. Auch wenn Elemente der Europäischen Säule sozialer Rechte in Indikatoren wie der Quote der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen (AROE) reflektiert werden, **bleiben die Verpflichtungen zur Verbesserung der sozialen Bedingungen recht vage**. Soziale Ziele stehen nur sehr selten im Zentrum der endgültigen Empfehlungen. Die sozialen Auswirkungen politischer Maßnahmen stehen oft nicht im Mittelpunkt der Empfehlungen, sondern werden eher als eine Bedingung für die anderen Empfehlungen erwähnt. Es ist äußerst wichtig für die erfolgreiche Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der UN-Nachhaltigkeitsziele, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission an die Mitgliedstaaten diesen sozialen und Nachhaltigkeitszielen entsprechen und ihre Verwirklichung fördern. Es ist daher besorgniserregend, dass sich **die länderspezifischen Empfehlungen trotz der Einführung des sozialpolitischen Scoreboard weiter auf makroökonomische Indikatoren konzentrieren** und nicht die sozialen Ziele Europas in den Mittelpunkt stellen. Sozialleistungen werden weiterhin als reine Ausgabe betrachtet und die positiven sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Investition in soziale Gleichstellung für die Gesellschaft werden ignoriert.

Außerdem legen die Empfehlungen großes Gewicht auf die Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosenquoten. Aber auch wenn Beschäftigung zweifellos ein wichtiger Faktor für die individuelle und kollektive soziale Realität ist, zeigt sie doch nicht das ganze Bild. **Wir müssen unter die Oberfläche von Arbeitslosenquoten schauen und die Qualität der Beschäftigung, die Angemessenheit der Löhne und die Arbeitsbedingungen berücksichtigen**. Da finden wir eine Realität von Armut trotz Erwerbstätigkeit, prekärer Arbeitsverhältnisse und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die im Prozess zum Europäischen Semester vernachlässigt wird.

In fast allen Ländern **haben regionale Unterschiede hinsichtlich Beschäftigung, Armutsquoten, Ausbildungsqualität und Zugang zu Gesundheitsversorgung einen**

wesentlichen Anteil an der Aufrechterhaltung sozialer Unterschiede. Das Europäische Semester scheint sich jedoch auf die Annäherung zwischen den Ländern zu konzentrieren, die Unterschiede innerhalb der Länder werden vernachlässigt. Diese regionalen Ungleichheiten sind die Wurzel zahlreicher Probleme wie steigender Preise für Wohnraum, dem Mangel an qualifizierten (medizinischen) Fachkräften und ungleichen Chancen für junge Menschen in manchen Gebieten. Die länderspezifischen Empfehlungen müssen diese regionalen Unterschiede reflektieren und darauf abzielen, die sozioökonomischen Unterschiede in den Ländern zu beseitigen. ■



- ¹ CBS (n.d.). Is elders in de EU het aandeel zpp'ers zo hoog als in Nederland?: <https://www.cbs.nl/nl-nl/dossier/dossier-zzp/hoofdcategorieen/is-elders-in-de-eu-het-aandeel-zzp-ers-zo-hoog-als-in-nederland->, CBS (2019). Aantal flexwerkers in 15 jaar met drie kwart gegroeid: <https://www.cbs.nl/nl-nl/nieuws/2019/07/aantal-flexwerkers-in-15-jaar-met-drie-kwart-gegroeid>
- ² Romei, V. (2019). EU workers miss out on gains of economic recovery: <https://www.ft.com/content/0a245c28-6cc3-11e9-80c7-60ee53e6681d>
- ³ Instituto Nacional de Estadística (INE): www.ine.es
- ⁴ Eurostat (2019). Gender pay gap in unadjusted form: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_05_20/default/table?lang=en
- ⁵ Eurostat (2019). Unemployment statistics: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Unemployment_statistics#Youth_unemployment
- ⁶ OECD (2018) A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility: <https://www.oecd.org/social/broken-elevator-how-to-promote-social-mobility-9789264301085-en.htm>
- ⁷ Friedrich Ebert Foundation (2019). Youth Study Serbia 2019/2019: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/15269-20190411.pdf>
- ⁸ Skoufou, D. (2018). Παγιώνεται η φυγή των Ελλήνων στο εξωτερικό προς αναζήτηση εργασίας: <https://www.insider.gr/eidiseis/ellada/74729/pagionetai-i-fygi-ton-ellinon-sto-exoteriko-pros-anazitisi-ergasias>
- ⁹ <https://www.ilsole24ore.com/art/la-fuga-200mila-laureati-nord-cosi-sud-ha-perso-30-miliardi-AE5jqk3D>
- ¹⁰ Eurostat (2019). People at risk of poverty or social exclusion: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/t2020_50/default/table?lang=en
- ¹¹ Eurostat (2019). In-work at-risk-of-poverty rate by age and sex – EU-SILC survey: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>
- ¹² Eurostat (2019). GDP at regional level: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/GDP_at_regional_level#Regional_gross_domestic_product_28GDP.29_per_inhabitant
- ¹³ European Commission (2019). Country Report Czech Republic 2019: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/2019-european-semester-country-report-czech-republic_en.pdf
- ¹⁴ Deloitte (2018). Property Index 2018: Overview of European Residential Markets: <https://www2.deloitte.com/be/en/pages/real-estate/articles/be-deloitte-property-index-2018.html>
- ¹⁵ Eurostat (2019). Impact of social transfers (excluding pensions) on poverty reduction by sex: <https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tespm050>
- ¹⁶ Baeten, R., Spasova, S., Vanhercke, B., & Coster, S. (2018). Inequalities in access to healthcare – A study of national policies 2018: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8152&furtherPubs=yes>
- ¹⁷ Freedom House (2019). Slovakia: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/slovakia>
- ¹⁸ Reporters without Borders (2019). Romania: <https://rsf.org/en/romania>
- ¹⁹ Oppenheim, M. (2017). Czech President holds up replica gun marked 'for journalists' in press conference: <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/czech-parliament-ak-47-journalists-press-conference-name-and-where-it-happened-elections-media-a8014841.html>



Gini-Index: 29,1
Arbeitslosigkeit: 3,4 %
Gleichstellungsindex: 66,9
Jugendarbeitslosigkeit: 6,2 %
AROPE: 19 %
Sozialausgaben (Prozent des BIP): 19,4 %
Steuer auf Arbeit als Anteil der gesamten Steuern: 56,9 %
Armut trotz Erwerbstätigkeit: 9,1 %
CIVICUS Civic Space Monitor: Offen

Zusammenfassung für Deutschland

Deutschland befindet sich zumindest oberflächlich in einer wirtschaftlich stabilen Lage. Mit einem Haushaltsüberschuss von 1,7 % in 2018 hat Deutschland einen wachsenden Überschuss zur Verfügung, der viel Spielraum für die Erhöhung öffentlicher Investitionen lässt. Hinter diesen Zahlen lauert jedoch die Notwendigkeit großer Reformen und Verbesserungen im Hinblick auf öffentliche Investitionen in Bildung, soziale Absicherung und Infrastruktur, Forschung, Digitalisierung, nachhaltigen Verkehr und bezahlbaren Wohnraum. Der Wunsch nach einer konservativen Haushaltsführung darf nicht wertvolle Investitionen in Bildung, soziale Mobilität und faire Arbeitsbedingungen verhindern. Der Mindestlohn war eine der hervorstechendsten Maßnahmen der vergangenen Jahre im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechts in Deutschland. Er hat zwar seit seiner Einführung im Jahr 2015 der Stagnation der Löhne entgegengewirkt, aber es gibt nach wie vor große Probleme mit der Umgehung des Mindestlohns in Sektoren wie Bauindustrie, Gastgewerbe oder Reinigungsgewerbe. Zudem hatte der Mindestlohn aufgrund verschiedener Faktoren nicht den erhofften Effekt einer wirksamen Senkung von Armutsquoten und sozialer Ausgrenzung. Die niedrigen Arbeitslosenquoten in Deutschland sind ein positives Zeichen, aber das Potenzial und die Chancen unterrepräsentierter Gruppen wie Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund müssen deutlich gefördert und verbessert werden. Unter dem Druck einer zunehmenden rechten Rhetorik hat die Koalitionsregierung aus konservativer CDU und sozialdemokratischer SPD 2018 ein umstrittenes Migrationspaket durchgedrückt, das unter anderem die bundesweite Einführung von Massenaufnahmезentren, sogenannten Ankerzentren, sowie Erleichterungen bei der Abschiebung von Asylbewerbern beinhaltet.

Chancengleichheit und faire Arbeitsbedingungen

Unterstützt durch das Wirtschaftswachstum sank bis Ende 2018 die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf 3,2 % und die Jugendarbeitslosigkeit auf 6,2 %. Die Beschäftigungszahlen sind zwar sehr erfreulich, aber der Reallohnzuwachs lag lediglich bei rund 1 %.¹ Der Abschnitt zum Mindesteinkommen zeigt, dass es viele Bemühungen erfordert, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Das ist vor allem für Geringverdiener mit einer zu hohen Steuerbelastung von Belang. Indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer, die in Deutschland bei 19 % liegt (reduzierter Steuersatz 7 %), treffen einkommensschwache Haushalte am härtesten, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für Steuern aufwenden müssen.² Weitere Probleme am Arbeitsmarkt betreffen unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund, deren Talent und Potenzial nicht ausgeschöpft wird.³ Der demografische Wandel wird den Staatshaushalt weiter belasten und damit unterstreichen, dass das deutsche Rentensystem tragfähiger und zukunftstauglicher gemacht werden muss.

Mindestlohn

Der deutsche Mindestlohn wurde im Juli 2014 beschlossen und im Januar 2015 in Höhe von 8,50 € pro Stunde eingeführt. 2019 wurde er auf 9,19 € angepasst. 2 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland profitieren von dieser Erhöhung.⁴ Der Mindestlohn gilt für alle volljährigen Arbeitnehmer. Ausnahmen gelten für Langzeitarbeitslose während der ersten sechs Monate ihrer Beschäftigung nach Beendigung der Arbeitslosigkeit, verpflichtende Praktika sowie Praktika von bis zu drei Monaten. Wenn er gut umgesetzt und an die

Lebenshaltungskosten angepasst wird, ist der Mindestlohn ein wichtiges Instrument gegen die in vielen europäischen Ländern vorherrschende Stagnation der Löhne.

Untersuchungen zeigen, dass der Mindestlohn in Deutschland nicht, wie von einigen befürchtet, die Anzahl der Arbeitsplätze verringert hat, zugleich aber nur geringfügig die Ungleichheit verringert hat.⁵ Dafür gibt es verschiedene Gründe. Erstens wird der Mindestlohn insbesondere in Sektoren wie Bauindustrie, Gastgewerbe oder Reinigungsgewerbe immer noch zu stark umgangen. In diesen Sektoren waren insbesondere Menschen mit Minijobs (max. 450 € im Monat), Angestellte kleiner Unternehmen und Ausländer betroffen.⁶ Außerdem leben 73 % der Empfänger von Mindestlohn in Haushalten mit hohem Einkommen oder sind Studierende, Schüler oder Rentner. Drei Viertel der armen Menschen in Deutschland sind nicht erwerbstätig. Deshalb verbessert der Mindestlohn ihre Lage nicht und hat sehr geringen Einfluss auf die Anzahl der von Armut bedrohten Personen.⁷ Demnach bleibt der Mindestlohn ein wichtiges Instrument in der Bekämpfung stagnierender und extrem niedriger Löhne, zur effektiven Armutsbekämpfung müssen jedoch mehr und andere soziale Eingliederungsmaßnahmen ergriffen werden.

Soziale Absicherung und Eingliederung Fehlende soziale Mobilität

Trotz des allgemeinen Wohlstands in Deutschland bestehen weiter große Defizite im Hinblick auf die Chancengleichheit sowie eine anhaltende Ungleichheit zwischen den Generationen. Laut einer Studie der OECD braucht ein Kind aus einer armen Familie sechs Generationen oder 180 Jahre, um das nationale Durchschnittseinkommen zu erreichen.⁸ Der soziale Aufstieg ist also für Kinder aus armen Familien sehr schwer, vor allem im Vergleich zu anderen EU-Ländern wie Dänemark, wo er zwei Generationen dauert, und den USA, in denen er fünf Generationen dauert.⁹ Diejenigen, denen der soziale Aufstieg gelungen ist, verdanken diesen Erfolg überwiegend ihrer eigenen Beharrlichkeit, familiärer Unterstützung, individuellen Unterstützern und oft Zufällen. Das geht aus der Studie „Pathways to Success“ hervor, für die über 70 Nachkommen türkischer Einwanderer in der Metropolregion Ruhr, Berlin und Frankfurt am Main interviewt wurden, die überwiegend in verantwortungsvollen und führenden Positionen in den Bereichen Jura, Wirtschaft, Verwaltung und Schule tätig sind.¹⁰ Unsere National Strategy Group hebt einige positive politische Entwicklungen im Be-

reich soziale Absicherung und Eingliederung wie die BAföG-Reform, das Starke-Familien-Gesetz oder das Gute-KiTa-Gesetz hervor.

Migration und Aufnahme von Asylbewerbern

Im Zentrum der Migrationsdebatte standen die sogenannten Ankerzentren, spezielle Aufnahmезentren für Asylbewerber in Deutschland. Die bayrische CSU, Schwesterpartei der CDU, setzte diese Forderung im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD durch. Bis zu 1.500 Menschen sollen in diesen Zentren untergebracht werden, mit einer „Bleibverpflichtung“, bis über ihren Status entschieden wurde.¹¹ Verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft und andere Kommentatoren haben schwere Bedenken bezüglich dieser Ankerzentren geäußert und nannten den Ausdruck euphemistisch und verschleiern.¹² *Pro Asyl* wendet ein, dass „eine dauerhafte Isolierung in Massenunterkünften für die Betroffenen katastrophal“ sei.¹³ Das dauerhafte, beengte Zusammenleben so vieler Menschen führt zu Konflikten und belastet Menschen mit Fluchterfahrungen und einer sehr unklaren Lebensperspektive, die sich zudem oft große Sorgen um Angehörige in Krisengebieten machen. Trotz heftiger Kritik hat der Bundestag den Ankerzentren im Juni 2018 als Teil des Migrationspakets der Koalitionsregierung von CDU und SPD zugestimmt. Das Paket sieht neben den Ankerzentren auch vor, das Abschiebekandidaten leichter in Ausreisegewahrsam genommen werden können. Ebenfalls bedenklich ist das umstrittene „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“.¹⁴

Gute Praxis – Projekt SoulTalk

SoulTalk wurde 2017 als gemeinsames Projekt von *Ärzte ohne Grenzen* und dem Krankenhaus St. Josef in Schweinfurt ins Leben gerufen. Es ist ein niederschwelliges Angebot für die psychische Gesundheitsversorgung von Geflüchteten nach einem von *Ärzte ohne Grenzen* für Krisenregionen entwickelten Konzept. Menschen mit eigener Fluchterfahrung, die dieselben Sprachen wie die Geflüchteten sprechen, werden als psychosoziale Berater geschult. SoulTalk ersetzt keine Therapie: „Es geht eher um Prävention und die Geflüchteten sollen in ihrer schwierigen Lebenssituation soweit unterstützt werden, dass sie keine chronischen psychischen Erkrankungen entwickeln.“ Die Berater arbeiten immer eng mit zwei Psychologinnen zusammen und nehmen regelmäßig an Weiterbildungen teil. *Ärzte ohne Grenzen* hofft, Nachahmer für das Modellprojekt in Deutschland zu finden.

Zivilgesellschaftliche Freiräume

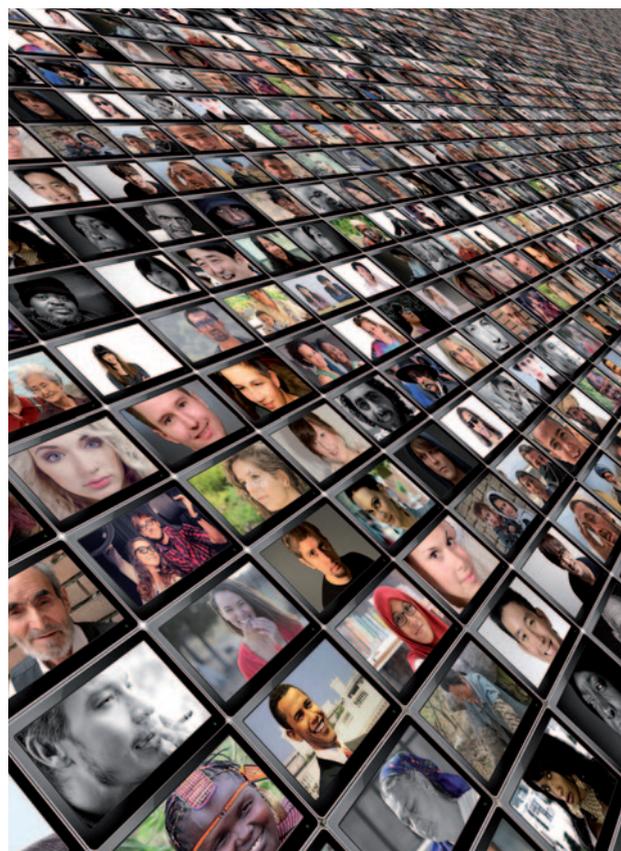
Deutschland erlebt einen wachsenden Rechtsextremismus, der vor allem an den anhaltenden Wahlerfolgen¹⁶ der 2013 gegründeten rechtsextremen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) ablesbar ist. Die AfD ist seit 2017 drittstärkste Partei im Deutschen Bundestag und kooperiert offen mit der rechtsextremen und islamfeindlichen Organisation *Pegida* (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Unsere National Strategy Group ist vor allem besorgt, dass diese Entwicklung den öffentlichen Diskurs geprägt hat. In Reaktion auf diese Entwicklung können zwar progressive Kräfte mobilisiert werden, aber es bleibt die Kritik, dass die Zivilgesellschaft und die progressiven Parteien auf die rechtsextreme Agenda reagieren, anstatt ihre eigenen Themen zu setzen, was sich auch an der Verabschiedung des Migrationspakets von 2018 zeigt.¹⁷

Der CIVICUS Monitor beurteilt die zivilgesellschaftlichen Freiräume in Deutschland als „offen“. Themen wie Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit, digitale Rechte und Forderungen nach weniger Überwachung spielen eine große Rolle.¹⁸ Die Lage für die Zivilgesellschaft muss jedoch immer an den Standards in der Region und nicht am weltweiten oder europäischen Durchschnitt gemessen werden. Ein Beispiel dafür ist der Fall der *Attac*, der 2019 ihre Anerkennung als gemeinnützig entzogen wurde. *Attac* ist eine internationale Bewegung, die nach Alternativen im Globalisierungsprozess sucht, indem sie Menschen und Natur über den Profit stellt. Bekannt wurde *Attac* für die Forderung einer Finanztransaktionssteuer und durch Proteste gegen die Europäische Zentralbank.¹⁹ Das Urteil des Bundesfinanzhofs, das wie eine juristische Formalität scheinen mag, hat massive finanzielle Folgen für die Organisation.²⁰ Die meisten deutschen NGOs sind als gemeinnützig anerkannt. Sie haben dadurch leichter Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Spender können ihre Spenden von der Steuer absetzen. Die Begründung basierte im Wesentlichen auf der Tatsache, dass *Attac* „zu politisch“ sei und dass dessen Aktivitäten über politische Bildungsarbeit hinausgehen. Diese Auslegung von Gemeinnützigkeit gefährdet jedoch die Arbeit vieler anderer Organisationen, die durch dieses Urteil eingeschüchtert werden könnten.²¹

Vergleich mit den länderspezifischen Empfehlungen

Die länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland²² beginnen mit dem Rat, einen stärkeren Schwerpunkt auf pri-

vate und öffentliche Investitionen zu legen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, Digitalisierung und Breitbandnetze, nachhaltiger Verkehr und bezahlbarer Wohnraum. Es ist bemerkenswert, dass sogar die Europäische Kommission der Ansicht ist, dass mehr Investitionen auf regionaler und kommunaler Ebene getätigt werden müssen, um diese Bereiche zu fördern, und nicht einfach auf einen Haushalt ohne Neuverschuldung bzw. auf eine „schwarze Null“ besteht. Im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik wird empfohlen, den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten, den Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung zu verringern und ein höheres Lohnwachstum zu fördern. Weitere wichtige Anliegen der Europäischen Kommission sind die Tragfähigkeit des Rentensystems sowie die Bildungsergebnisse und das Kompetenzniveau benachteiligter Gruppen, die deutlich verbessert werden müssen. Auch wenn Deutschland ein wirtschaftlich starkes Land ist, zeigen die Empfehlungen für Deutschland, dass deutliche Verbesserungen bezüglich der Umverteilungspolitik und der Stärkung der Rentabilität des Faktors Arbeit gegenüber dem Faktor Kapital erforderlich sind. ■



- ¹ European Commission (2019) Country Report Germany 2019: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/file_import/2019-european-semester-country-report-germany_en.pdf
- ² Die Zeit (2019) Hoch die Steuern: <https://www.zeit.de/2019/10/spitzensteuersatz-steuererhoehung-weltweit-einkommensteuer-topverdiener-gerechtigkeit>
- ³ Die Zeit (2019) Kooperation soll Jobchancen von Migranten verbessern: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-01/arbeitsmarkt-fluechtlinge-integration-bundesagentur-fuer-arbeit-kooperationsvertrag-bundesregierung>
- ⁴ Spiegel Online (2018) Ab 2019 – Mindestlohn steigt auf 9,19 Euro, Scholz plädiert für zwölf Euro: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/mindestlohn-steigt-ab-2019-auf-9-19-euro-a-1236055.html>
- ⁵ Die Zeit (2018) Mindestlohn – Wem hat's geholfen?: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-12/mindestlohn-gesetz-einfuehrung-bilanz-armut>
- ⁶ Die Zeit (2018) Mindestlohn – Wem hat's geholfen?: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-12/mindestlohn-gesetz-einfuehrung-bilanz-armut>
- ⁷ Die Zeit (2019) Wem hilft der Mindestlohn?: <https://www.zeit.de/2019/28/arbeitsmarkt-mindestlohn-auswirkungen-aufstocker-armut/komplettansicht>
- ⁸ OECD (2018) A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility: <https://www.oecd.org/social/broken-elevator-how-to-promote-social-mobility-9789264301085-en.htm>
- ⁹ Deutsche Welle (2018): <https://www.dw.com/en/germanys-social-mobility-among-poorest-worse-than-in-the-united-states-oecd/a-44245702>
- ¹⁰ Max Planck Institute New Diversities (2014) Social Mobility and Identity Formation: http://newdiversities.mmg.mpg.de/wp-content/a/2014/11/2014_16-01_NewDiversities.pdf
- ¹¹ Der Tagesspiegel (2018) Führen Massenunterkünfte zu mehr Gewalt?: <https://www.tagesspiegel.de/politik/diskussion-um-ankerzentren-fuehren-massenunterkuenfte-zu-mehr-gewalt/21247208.html>
- ¹² Berliner Zeitung (2018) Die CSU will die AfD offenbar rechts überholen: <https://www.berliner-zeitung.de/politik/kommentar-zu-ankerzentren-die-csu-will-die-afd-offenbar-rechts-ueberholen-29971564>
- ¹³ Pro Asyl (2018) Warum Ankerzentren eine schlechte Idee sind: <https://www.proasyl.de/hintergrund/warum-ankerzentren-eine-schlechte-idee-sind/>
- ¹⁴ Deutsche Welle (2018) Migrationspaket im Bundestag beschlossen: <https://www.dw.com/de/migrationspaket-im-bundestag-beschlossen/a-49098574>
- ¹⁵ Spiegel Online (2018) Endlich jemand zum Reden: <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/projekt-soultalk-therapeutische-hilfe-fuer-gefluechtete-a-1235784.html>
- ¹⁶ Augsburg Allgemeine (2019) Die AfD strotzt nach den Wahlen vor Selbstbewusstsein: <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Die-AfD-strotzt-nach-den-Wahlen-vor-Selbstbewusstsein-id55318991.html>
- ¹⁷ Spiegel Online (2019) Fenster nach rechts: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verschiebt-diskurs-im-osten-nach-rechts-kommentar-a-1284873.html>
- ¹⁸ CIVICUS (2019) Germany Monitor: <https://monitor.civicus.org/country/germany/>
- ¹⁹ ZDF (2019) Bundesfinanzhof lehnt Gemeinnützigkeit von attac ab: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/zu-politisch-bundesfinanzhof-lehnt-gemeinnuetzigkeit-von-attac-ab-100.html>
- ²⁰ Attac (2019) Was ist Attac: <https://www.attac.de/was-ist-attac/>
- ²¹ German Marshall Fund (2019) A Matter of Precaution – Watching the Shrinking Civic Space in Western Europe: <http://www.gmfus.org/blog/2019/05/20/matter-precaution-watching-shrinking-civic-space-western-europe>